

Vertrauen in den Bund

Kantonsrat lehnt die Volksinitiative «Schienen für Zürich» ohne Gegenvorschlag ab

Obwohl der Brüttener Tunnel bei Bahn 2030 keine Priorität hat, glaubt die Mehrheit des Parlaments, dass der Bund ihn doch noch baut. Sie verwarf deshalb den Ausbau der Stammstrecke auf Kosten des Kantons deutlich.

Stefan Hotz

Die Ausgangslage war nicht alltäglich. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (Kevu) sowie die bürgerlichen Parteien samt EVP fordern den Bau des Brüttener Tunnels, um den Engpass im Schienennetz zwischen Effretikon und Winterthur zu beheben. Sie hatten jedoch erst vor einer Woche zur Kenntnis nehmen müssen, dass das Vorhaben, das einst Teil von Bahn 2000 war, derzeit in den Unterlagen des Bundes für Bahn 2030 nicht einmal mehr als Fussnote erscheint (NZZ 26. 3. 10).

«Bund steht in der Pflicht»

SP, GLP und bis anhin auch alle Grünen stehen hinter der Initiative des Verkehrsclubs der Schweiz (VCS), der vom Kanton einen Rahmenkredit über 520 Millionen Franken für den Ausbau der Stammstrecke durch das Kempttal durchgehend auf vier Spuren verlangt. Diese Seite hat die Genugtuung, dass der Bund ihre Position übernommen hat. Das jedoch wirft die Frage auf, ob das Volksbegehren noch sinnvoll ist.

Kevu-Präsident Ruedi Menzi (svp., Rüti) bezeichnete dieses als überflüssig und kontraproduktiv. Letzteres sei der Fall, weil ein Ja zur Initiative den Brüttener Tunnel als zukunftsweisende Lösung verhindere. Der Bund stehe rechtlich und moralisch in der Pflicht.

Gegenvorschlag chancenlos

Gabi Petri (gp., Zürich), Co-Geschäftsführerin des VCS Zürich, verlangte mehr «Gottvertrauen» in den Bund. Dieser wolle die Erhöhung der Kapazität im Bahnkorridor nach Winterthur, aber im Rahmen eines kostenbewussten Ausbaus. An der Initiative werde festgehalten, um die Erweiterung zu beschleunigen. 220 Millionen Franken dienten der Vorfinanzierung bereits be-

schlossener Ausbauten, die restlichen 300 Millionen, um die zusätzliche Doppelspur zwischen Effretikon und Winterthur Tössmühle rasch zu realisieren.

Sabine Ziegler (sp., Zürich) stellte den Antrag, das Geschäft mit dem Auftrag an die Kevu zurückzuweisen, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Der Kanton Zürich müsse bereit sein, auch einen Teil der Kosten zu tragen. Der Kanton stehe im Wettbewerb mit der übrigen Schweiz, in Zug und Luzern gebe es bereits analoge Beschlüsse.

Von einem Gegenvorschlag wollte die bürgerliche Seite nichts wissen. Das wäre ein reines Schaulaufen, sagte Willy Germann (cvp., Winterthur). Er zeigte sich überzeugt, der Bund werde auf den Brüttener Tunnel umschwenken, da der oberirdische Ausbau mit allen Zusatzkosten, etwa für den Lärmschutz in Effretikon, am Ende teurer komme. Man dürfe sich jetzt nicht nervös machen lassen, der Brüttener Tunnel sei die richtige Lösung, erklärte Gabriela Winkler (fdp, Oberglatt), die Forderung der Initiative sei erfüllt, sekundierte Antoine Berger (fdp, Kilchberg). Es gebe

kein stärkeres Zeichen für den Brüttener Tunnel als ein Nein zur Initiative, meinte Lorenz Habicher (svp., Zürich). Die Grünen waren gespalten. Er sei für den Brüttener Tunnel, doch angesichts der neuen Situation in Bern sei ein Gegenvorschlag überholt, erklärte Robert Brunner (gp., Steinmaur) namens einer GP-Minderheit.

Sache des Bundes

Volkswirtschaftsdirektorin Rita Fuhrer bekräftigte die ablehnende Haltung der Regierung zur Initiative und zu einem Gegenvorschlag. Auch ein Ausbau der Stammstrecke komme nicht rasch, vor Jahren habe nämlich der Bund selber gezweifelt, ob das bewilligungsfähig sei. Bei Bahn 2030 seien längst noch nicht alle Würfel gefallen, so Fuhrer. Auch eine Rückweisung an die Kommission sei ein falsches Zeichen, da der Ausbau dieser nationalen Bahnstrecke Sache des Bundes sei. Am Ende verwarf der Rat den Antrag auf Rückweisung mit 124 gegen 45 Stimmen und lehnte die Initiative mit 120 zu 54 Stimmen ab.

AUS DER SITZUNG DES KANTONSRATS

- **Kein Support für Minelli.** Eine Einzelinitiative von Ludwig Minelli, die über eine Änderung des Kirchengesetzes den Geldhahn für das Bistum Chur schliessen wollte, wird abgelehnt. Nur 1 Ratsmitglied unterstützt sie.
- **Keine Fachstelle für Kinderschutz.** Mit 13 Stimmen erhält auch eine Einzelinitiative für die Schaffung einer Fachstelle für Kinderschutz nicht die nötigen 60 Stimmen.
- **Steuerabzug von Bussen.** Mit 71 Stimmen unterstützt der Rat eine Einzelinitiative vorläufig, die Firmen nicht nur den steuerlichen Abzug von Steuerbussen, sondern von allen Bussen und von Bestechungsgeldern verbieten will.
- **Gemeinsamer Wahlversand.** Mit 66 Stimmen gewährt der Rat einer Einzelinitiative die vorläufige Unterstützung, die verlangt, dass ab 2014 mit den Wahlunterlagen auch je ein Flugblatt aller teilnehmenden Parteien versandt werden soll.
- **Hauswirtschaftliche Fortbildungskurse.** Gemeinden sollen keine hauswirtschaftlichen Fortbildungskurse mehr anbieten müssen. Dies verlangt eine mit 112 Stimmen vorläufig unterstützte parlamentarische Initiative von CVP, SVP und GLP.
- **Keine Quoten für ausländische Studierende.** Eine parlamentarische Initiative der SVP, die für ausländische Studierende in Zürich eine Quote von maximal 25 Prozent einführen wollte, scheidet. Sie erhält nur 54 statt 60 Stimmen.
- **Materielle Prüfung von Initiativen.** 72 Räte stimmen für eine parlamentarische Initiative der CVP, die eine materielle Vorprüfung von Initiativen verlangt. Die Initiative wird damit vorläufig unterstützt.
- **Keine Fristerstreckung zur Rollstuhl-Motion.** Die Geschäftsleitung des Kantonsrats muss zu einer Motion, die Rollstuhlfahrern das Mitverfolgen der Debatten im Ratsaal erlauben will, Antrag stellen. Eine Fristverlängerung wird abgelehnt.
- **Wahl in den Fachhochschulrat.** Die von der Regierung vorgenommene Wahl der Fachhochschulräte Gabi Hildesheimer und Urs Hofmann wird genehmigt.
- **Bericht der Geschäftsprüfungskommission.** Mit 137 zu 1 Stimme genehmigt der Rat den Bericht der Geschäftsprüfungskommission für April 2009 bis März 2010. *wbt.*